Einleitung

Am Ende des Zweiten Weltkriegs besetzten die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich das besiegte Deutschland, teilten es in vier Besatzungszonen sowie Sektoren der Stadt Berlin auf und unterstellten es ihrer »obersten Gewalt«. Als Organ der beabsichtigten gemeinsamen Regierung errichteten sie den Alliierten Kontrollrat, der, wie sie erklärten, im ganzen Land die Demokratie durchsetzen sollte. Tatsächlich jedoch wurde die politische Entwicklung durch das unterschiedliche, ja gegensätzliche Vorgehen der Vier Mächte in den jeweils von ihnen beherrschten Gebieten bestimmt. Während auf westlicher Seite der Aufbau eines Mehrparteiensystems und rechtsstaatlicher Verhältnisse eingeleitet wurde, zeichnete sich im Osten zunehmend die Tendenz zur Schaffung einer kommunistischen Diktatur ab. Das Ergebnis war die Gründung der Bundesrepublik und der DDR im Jahr 1949, die sich feindlich gegenüberstanden und sich jeweils als das wahre Deutschland präsentierten, das dem Willen des Volkes entspreche.

Stalin war auf der offiziellen Siegesparade in Moskau am 24. Juni 1945 als entschiedener Befürworter der deutschen Einheit aufgetreten und hatte nach dem offenen Ausbruch der Ost-West-Konflikts Mitte 1947 einen Friedensvertrag mit einem vereinigten Deutschland vorgeschlagen. Weil 1948/49 in der Sowjetzone Maßnahmen zur radikalen Durchsetzung der kommunistischen Diktatur erfolgten und die gegen West-Berlin verhängte Blockade offensichtlich feindlichen Charakter besaß, reagierte die deutsche Öffentlichkeit negativ. Zugleich jedoch blieb ihr Wille lebendig, sich mit der nationalen Spaltung nicht abzufinden. Diese erschien widernatürlich und daher auf längere Sicht unhaltbar. Das müsse auch die UdSSR einsehen und früher oder später auf der Grundlage dieser Erkenntnis handeln.

Als nach dem nordkoreanischen Überfall auf Südkorea Ende Juni 1950 auch Westeuropa von kommunistischer Aggression bedroht schien, hielten die Regierungen der westlichen Länder den Aufbau eines Verteidigungssystems auf dem Kontinent für erforderlich. Daran sollten sich auch Truppen aus der Bundesrepublik beteiligen. Die damit in Aussicht genommene Wiederbewaffnung stieß in der westdeutschen Öffentlichkeit auf breite Ablehnung. Mit Militär wollte kaum jemand wieder etwas zu tun haben. Viele kamen auf den Gedanken, dass jetzt der Augenblick gekommen sei, in dem die UdSSR ihren ständigen Erklärungen, sie wolle die

deutsche Einheit wiederherstellen, die Tat folgen lasse müsse. Für sie wäre doch, so lautete die Überlegung, eine Regelung von Vorteil, die ihr für den Verzicht auf das kommunistische Regime der DDR die Zusage verschaffte, dass die Bundesrepublik dem Westen keine gegen sie gerichteten Streitkräfte zur Verfügung stellen würde. Auf diese Weise sollten die Deutschen der Beteiligung an der militärischen Ost-West-Konfrontation entgehen und die staatliche Einheit auf westlich-demokratischer Grundlage erlangen.

Vor diesem politisch-psychologischen Hintergrund plädierte die Sowjetunion – als die Verträge der Westmächte mit der Bundesrepublik über deren Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas vor dem baldigen Abschluss standen – in ihrer Note vom 10. März 1952, die als Stalin-Note in die Geschichte des Kalten Krieges eingehen sollte, für einen Friedensvertrag mit einem bewaffneten, aber bündnislosen vereinigten »demokratischen und friedliebenden« Deutschland. Die Note wurde sofort veröffentlicht und allgemein als Angebot zur Wiederherstellung der deutschen Einheit verstanden. Die Westdeutschen stritten darüber, ob sie ernst gemeint sei oder nur als ein gegen die Westverträge gerichtetes propagandistisches Manöver zu gelten habe. Diese Frage weckte auch dann noch Interesse, als sie im Verlauf der weiteren politischen Entwicklung nicht mehr aktuell war, weil verschiedentlich vermutet wurde, dass eine einmalige Gelegenheit zur Verständigung über Deutschland nicht genutzt worden sei. Publizisten und Historiker suchten zu ergründen, ob denn die Geschicke des Landes nicht einen ganz anderen, positiveren Verlauf genommen hätten, wenn die Westmächte und/oder die Bundesregierung in Bonn den sowjetischen Vorschlag angenommen hätten. Wäre Stalin, in dessen Note von der Absicht zur Vereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat ohne Allianzbindung die Rede war, ernstlich zur Aufgabe der DDR bereit gewesen, um die Westmächte zum Verzicht auf die Eingliederung der Bundesrepublik in ihr Bündnis zu veranlassen? Diese Kontroverse ist der zentrale Gegenstand des vorliegenden Buches. Die dazu vorgetragenen Standpunkte sollen im Licht der inzwischen zugänglichen sowjetischen Internquellen beurteilt werden.

Seit Mitte der 1950er-Jahre haben sich folgende grundlegenden Auffassungen herausgebildet:

1. Stalin habe die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf westlich-demokratischer Basis ernsthaft angeboten, um die Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der geplanten, mit der NATO verbundenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu verhindern. Er sei der Ansicht gewesen, es lohne sich, auf die DDR als sozialistisches Mitglied des sowjetischen Lagers zu verzichten, wenn er auf diese Weise die weit größere Bundesrepublik aus dem westlichen Militärbündnis herausbrechen könne. Von dieser Prioritätensetzung habe ihn nicht abgehalten, dass damit die Aussicht auf einen Rückzug des sozialistischen Systems

und auf eine politische Zugehörigkeit des ganzen Deutschlands zum Westen verbunden gewesen wäre. Die ablehnende Haltung sowohl der Westmächte als auch der Regierung in Bonn habe, so der Vorwurf, dazu geführt, dass die Chance der Wiedervereinigung versäumt worden sei.

2. Gegen diese Auffassung ist geltend gemacht worden, dass sich Stalin im Prozess einer Offensive gegen den Westen gesehen habe und deswegen keinesfalls zur Aufgabe eines seiner Macht unterstehenden Staates und zum Rückzug des sozialistischen Systems gegenüber dem Kapitalismus bereit gewesen sei. Er habe den Abschluss eines Friedensvertrags mit einem künftig einigen Deutschland vorgeschlagen, um in der Bundesrepublik den falschen Eindruck zu erwecken, dass es zur gewünschten Wiedervereinigung käme, wenn sich die dortige Bevölkerung vom westlichen Bündnis abwenden würde. Dieses Täuschungsmanöver habe in der Forderung einer »demokratischen und friedliebenden« Ausrichtung deutlichen Ausdruck gefunden: Darunter habe man im Westen eine demokratische Orientierung verstanden, während die Kommunisten gewusst hätten, dass nur die östliche Politik so bezeichnet worden sei.
3. Einer weiteren Auffassung zufolge ging es beim Friedensvertragsvorschlag der UdSSR gar nicht um Einflussnahme auf den Westen. Vielmehr sei das Verhältnis zur DDR das bestimmende Motiv gewesen. Der Kreml habe die ostdeutschen Verselbstständigungstendenzen durch den Hinweis eindämmen wollen, man könnte sich auf Kosten der SED mit dem Westen einigen.

Dem einleitenden Kapitel, das die sowjetische Noteninitiative und die politischen Reaktionen darauf behandelt, folgt zunächst eine Darstellung der vorangegangenen Entwicklungen der sowjetischen Deutschland-Politik seit dem offenen Bruch mit den Westmächten Mitte 1947. Anschließend wird ausgeführt, wie der Korea-Krieg der politischen Konfrontation in Europa einen militärischen Akzent gab. Die weiteren Darlegungen befassen sich mit Stalins nicht zufällig auf Anregung aus Ost-Berlin hin getroffenem Entschluss, sich mit dem Friedensvertragsvorschlag an die Westmächte zu wenden und dessen Inhalt unter Aufsicht detailliert ausarbeiten zu lassen, sowie den zur Absendung der Note führenden Schritten. In den letzten Kapiteln geht es um die Erörterung und Beurteilung der drei Auffassungen über die dahinterstehenden Absichten.

Der Inhalt des Buches beruht durchweg auf sowjetischen Dokumenten. Diese hatten vielfach von Anfang an öffentlichen Charakter – wie insbesondere die Note vom 10. März 1952, die sich formal an die Regierungen der drei westlichen Deutschland-Mächte wandte, aber faktisch für die Öffentlichkeit bestimmt war – oder es handelt sich um Archivalien, die nach ihrer Deklassifizierung publiziert wurden. Soweit die sowjetischen Dokumente nicht als Texte vorliegen, stützen sich die Darlegungen auf die Ausführungen von Historikern, welche die betreffenden Unterlagen in Moskau

eingesehen haben, daraus zitieren bzw. genau berichten und das mit Archivsignaturen belegen. Dabei ergeben sich in der Zusammenschau aller verwendeten Materialien gelegentlich Interpretationen und Schlussfolgerungen, die von den Ansichten des betreffenden Autors abweichen, der, allein von seinen Quellen ausgehend, das Ganze nicht zu überblicken vermochte.

* * *

Formale Hinweise. Den Zitaten aus sowjetischen Dokumenten werden, soweit vorhanden, die veröffentlichten Übersetzungen ins Deutsche zugrunde gelegt. Wenn es davon mehrere gibt, die in ihrem genauen Wortlaut voneinander abweichen, erfolgt eine eigene Übertragung ins Deutsche. Die Schreibweise der russischen Namen folgt stets den Regeln der wissenschaftlichen Transkription, auch wenn vom Übersetzer die sogenannte phonetische Wiedergabe gewählt wurde. Die Rechtschreibung aller Texte wird den heutigen Usancen angepasst.

Bei einigen Dokumenten sind die in den Fußnoten genannten Signaturen möglicherweise inzwischen geändert worden.